

Beschlussesentwurf 1: Gebührentarif

Vom [Datum]

Der Kantonsrat von Solothurn

gestützt auf Artikel 131 Absatz 1 Buchstabe a der Verfassung des Kantons Solothurn (KV)¹, § 371 des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 4. April 1954 (EG ZGB)²

nach Kenntnisaufnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 2. Februar 2016 (RRB Nr. 2016/167)

beschliesst:

I.

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 *Gebührenpflicht*

¹ Für Tätigkeiten der Verwaltung und der Gerichte werden Gebühren nach diesem Tarif erhoben. Vorbehalten bleiben die Gebührevorschriften der Spezialgesetzgebung, insbesondere auch die Vorschriften über die Gebührenfreiheit.

² Gebührenfrei sind die Verrichtungen für den Staat.

³ Alle Gebühren sind soweit nicht anders vermerkt Beträge in Franken.

§ 2 *Auslagenersatz*

¹ Auslagen, wie Expertenonorare, Entschädigungen für Gutachten und Berichte, Zeugengelder, Publikations- und Inseratkosten, Kosten für das Einbinden von Akten, Verpflegungs- und Reiseentschädigungen für Verrichtungen ausserhalb des Kantons, Porti, Telefongebühren und Zustellungskosten, sind zu ersetzen. Vorbehalten bleiben besondere Vorschriften, welche den Ersatz der Auslagen ausschliessen.

² Nicht als Auslagen gelten die Besoldungen der Beamten und Angestellten, die Tag- und Sitzungsgelder, sowie die Verpflegungs- und Reiseentschädigungen bei Verrichtungen innerhalb des Kantons.

³ Für Verrichtungen zugunsten des Staates sind keine Auslagen zu verrechnen.

¹⁾ BGS111.1.

²⁾ BGS 211.1.

[Geschäftsnummer]

§ 3 *Gebührenrahmen*

¹ Innerhalb eines Gebührenrahmens sind die Gebühren nach dem Zeit- und Arbeitsaufwand, nach der Bedeutung des Geschäftes, nach dem Interesse an der Verrichtung sowie nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Gebührenpflichtigen zu bemessen.

² Der Regierungsrat kann anordnen, dass für bestimmte Geschäfte in der Verwaltung

- a) die Gebühr nur nach dem Zeit- und Arbeitsaufwand bemessen wird, oder
- b) eine nach dem Zeit- und Arbeitsaufwand bemessene Grundgebühr erhoben und der Bedeutung des Geschäftes, dem Interesse an der Verrichtung sowie der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Gebührenpflichtigen durch Zuschläge oder Abzüge Rechnung getragen wird.

³ Im Bereich der Rechtsprechung stehen die in Absatz 2 genannten Befugnisse dem Obergericht zu.

⁴ In besonders umfangreichen und zeitraubenden Fällen und in Geschäften mit sehr hohem Streitwert kann die Gebühr bis zum Anderthalbfachen des Maximalansatzes erhöht werden.

§ 4 *Gebühr für nicht zustande gekommene Geschäfte*

¹ Kommt ein vorbereitetes Geschäft nicht zustande oder wird eine Bewilligung verweigert, so ist die Gebühr angemessen zu ermässigen; in der Regel wird der Zeit- und Arbeitsaufwand in Rechnung gestellt.

§ 5 *Vorschuss*

¹ Behörden und Amtsstellen können für Tätigkeiten, die auf Begehren einer Partei vorzunehmen sind, einen Vorschuss für Gebühren und Auslagen verlangen.

² Wird innert Frist weder der Vorschuss geleistet noch die unentgeltliche Rechtspflege verlangt, besteht kein Anspruch auf die verlangte Tätigkeit. Diese Folge ist der Partei mit der Aufforderung zur Leistung des Vorschusses schriftlich mitzuteilen. Vorbehalten bleiben die Vorschriften des Verwaltungsrechtspflegegesetzes¹⁾, der Schweizerischen Straf-²⁾ und Zivilprozessordnung³⁾.

§ 6 *Zuständigkeit*

¹ Gebühren und Auslagenersatz setzt die Behörde oder Amtsstelle fest, welche für die Tätigkeit zuständig ist.

§ 7 *Kontrolle*

¹ Das Finanzdepartement kann anordnen, dass Gebührenrechnungen der Verwaltung vor der Eröffnung durch die Finanzkontrolle zu prüfen sind.

§ 8 *Fälligkeit, Zahlungsfrist*

¹ Gebühren und Auslagenersatz werden mit der Zustellung der Rechnung fällig und sind innert 30 Tagen seit Eintritt der Fälligkeit zu bezahlen.

¹⁾ BGS [124.11](#).

²⁾ SR [312.0](#).

³⁾ SR [272](#).

§ 9 *Verzugszins*

¹ In Rechnung gestellte, nicht bezahlte Beträge werden zum Verzugszins-satz für kantonale Steuern verzinst, auch wenn die Rechnung angefochten ist.

² Vorbehalten bleiben die Vorschriften der Schweizerischen Straf-¹⁾ und Zivilprozessordnung²⁾. Über die Anwendung des bundesrechtlichen Verzugszinssatzes entscheidet die Gerichtsverwaltungskommission. Sie kann diesen für alle Gebühren- und Auslagenforderungen der Gerichte und der Strafverfolgungsbehörden als anwendbar erklären.

³ Der Verzugszins wird vom Tage nach Ablauf der Zahlungsfrist bis zum Tage des Zahlungseinganges berechnet.

⁴ Geht die Zahlung innert 10 Tagen nach Ablauf der Zahlungsfrist ein oder übersteigt der Verzugszins den Betrag von 20 Franken nicht, wird kein Verzugszins erhoben.

§ 10 *Vergütungszins*

¹ In Rechnung gestellte, zuviel bezahlte Beträge werden zum Vergütungs-zinssatz für kantonale Steuern verzinst. Kostenvorschüsse werden nicht verzinst.

² Der Vergütungszins wird vom Tage des Zahlungseinganges bis zum Tage der Auszahlung berechnet.

³ Eine Zinsvergütung wird nur ausgerichtet, wenn sie 20 Franken übersteigt.

§ 11 *Vollstreckung*

¹ Rechtskräftige Verfügungen und Entscheide über die im vorliegenden Tarif oder in anderen Erlassen begründeten Gebühren und Forderungen auf Auslagenersatz sind vollstreckbaren gerichtlichen Urteilen gleichgestellt (Art. 80 Absatz 2 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. April 1889, SchKG³⁾).

§ 12 *Haftung*

¹ Für Gebühren und Auslagenersatz haften alle an einem Geschäft beteiligten Parteien solidarisch, ausgenommen gegnerische Prozessparteien.

§ 13 *Zahlungserleichterungen*

¹ Ist die Zahlung einer Gebühr oder des Auslagenersatzes innert der vorgeschriebenen Frist für den Gebührenpflichtigen mit einer erheblichen Härte verbunden, kann die Behörde oder Amtsstelle, welche die Forderung festgesetzt hat, Zahlungserleichterungen gewähren.

² Für Zahlungserleichterungen bei Gerichtskosten und Verfahrenskosten der Strafverfolgungsbehörden ist die Zentrale Gerichtskasse zuständig.

³ Zahlungserleichterungen bestehen in der Stundung des ganzen geschuldeten Betrages oder in der Bewilligung von Teilzahlungen. Gebühren und Auslagenersatz können in der Regel auf längstens zwei Jahre gestundet werden.

¹⁾ SR [312.0](#).

²⁾ SR [272](#).

³⁾ SR [281.1](#).

[Geschäftsnummer]

⁴ Zahlungserleichterungen können von einer angemessenen Sicherheitsleistung abhängig gemacht werden. Als Sicherheiten gelten insbesondere marktgängige Wertschriften, Kapitallebensversicherungen mit Rückkaufswert, Bankgarantien sowie Bürgschaften zweier nachweisbar zahlungsfähiger Solidarbürgen.

⁵ Gewährte Zahlungserleichterungen werden widerrufen, wenn ihre Voraussetzungen wegfallen oder wenn Bedingungen, an die sie geknüpft sind, nicht erfüllt werden.

§ 14 *Erläss*

¹ Ist der Gebührenpflichtige durch besondere Verhältnisse wie Naturereignisse, Todesfall, Unglück, Krankheit, Arbeitslosigkeit, geschäftliche Rückschläge und dergleichen in seiner Zahlungsfähigkeit stark beeinträchtigt oder befindet er sich sonst in einer Lage, in der die Bezahlung einer Gebühr, eines Zinses oder des Auslagenersatzes zur grossen Härte würde, kann die Behörde oder Amtsstelle, welche die Forderung festgesetzt hat, die geschuldeten Beträge ganz oder teilweise erlassen, wenn der Rechnungsbetrag 500 Franken nicht übersteigt.

² Der Erlass von Gebühren, Zinsen und Auslagenersatz nach Absatz 1 bedarf der Zustimmung durch die Finanzkontrolle.

³ Für den Erlass von Gerichtskosten ist der Vorsitzende desjenigen Gerichts zuständig, das sie festgesetzt hat, für den Erlass von Verfahrenskosten der Strafverfolgungsbehörden diejenige Behörde, die sie festgesetzt hat.

⁴ In allen übrigen Fällen entscheidet das Finanzdepartement über Erlassgesuche.

§ 15 *Verwendung der Gebühren*

¹ Die Gebühren gehen an die Staatskasse, sofern keine besondere gesetzliche Zweckbestimmung vorgesehen ist.

§ 16 *Weisungen*

¹ Der Regierungsrat sorgt im Bereich der Verwaltung, das Obergericht im Bereich der Rechtsprechung für die einheitliche Anwendung des Gebührentarifs. Sie erlassen die nötigen Weisungen.

2. Gebühren der Verwaltung

2.1 Gemeinsame Gebühren

§ 17 *Entscheide*

¹ Folgende Gebühr ist geschuldet für

- | | | |
|----|---|-----------|
| a) | Verwaltungsrechtliche Entscheide und Beschwerdeentscheide des Regierungsrates, sofern keine spezielle Gebühr vorgesehen ist | 100-5'000 |
| b) | Beschwerdeentscheide eines Departementes | 100-2'000 |

[Geschäftsnummer]

² Auf eine Entscheidegebühr kann ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn das Departement für Bildung und Kultur oder der Regierungsrat Schulbeschwerden in erster Instanz entscheidet.

§ 18 *Genehmigungen*

¹ Folgende Gebühr ist geschuldet für die

- | | | |
|----|---|----------|
| a) | Genehmigung von Reglementen und öffentlich-rechtlichen Verträgen der Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden und öffentlich-rechtlicher Körperschaften | 50-1'000 |
| b) | Genehmigung der Statuten von Allmendgenossenschaften, Berg- und Rechtsamegemeinden sowie ähnlichen Korporationen | 50-1'000 |

§ 19 *Auskünfte, Expertisen, Gutachten*

¹ Folgende Gebühr ist geschuldet für

- | | | |
|----|---|----------|
| a) | schriftliche Rechtsauskünfte, Expertisen, Gutachten, Übersetzungen, Vorlegen von Akten und Plänen, wenn keine Gebühr für ein Rechtsgeschäft erhoben wird | 50-5'000 |
| b) | mündliche Auskünfte, Beratungen, Nachforschungen, Abklärungen für gewerbsmässig tätige Personen (Rechtsanwälte, Treuhänder, Architekten, Planer usw.), soweit sie das übliche Mass überschreiten und keine spezielle Gebühr für ein Rechtsgeschäft erhoben wird | 50-5'000 |

§ 20 *Besonderer Aufwand*

¹ Die Gebühr beträgt für besonderen Aufwand (Beratungen, Nachforschungen, Abklärungen, Bearbeiten und Bereitstellen umfangreicher Dokumente u.ä.) und für den Zugang zu amtlichen Dokumenten (§ 40 Absatz 2 Buchstabe a InfoDG¹) 50-2'000 Franken.

² Abgabe von Datenträgern (§ 40 Absatz 2 Buchstabe b InfoDG²)

- | | | |
|----|--------------|----|
| a) | pro Diskette | 2 |
| b) | pro CD-ROM | 10 |

³ Für die Abgabe von Vernehmlassungsvorlagen wird keine Gebühr erhoben.

⁴ Die Gebühr beträgt für die Mitwirkung bei Genehmigungsverfahren nach Bundesrecht 500-2'000 Franken.

⁵ Fotokopien

- | | | |
|----|-------------|------|
| a) | je A4-Seite | -.50 |
| b) | je A3-Seite | -.70 |

¹) BGS [114.1](#).

²) BGS [114.1](#).

[Geschäftsnummer]

2.2. Gebühren nach Aufgabenbereichen

2.2.1. Amtschreibereien

§ 21 Personenrecht

¹ Die Gebühren betragen für die Errichtung oder Änderung einer Stiftungsurkunde 300-3'000 Franken.

§ 22 Familienrecht

¹ Folgende Gebühren sind für Dienstleistungen im Familienrecht geschuldet:

- | | | |
|----|--|-----------|
| a) | Güterausscheidung in einer besonderen Urkunde | 300-3'000 |
| b) | Errichtung oder Änderung eines Ehevertrages | 300-3'000 |
| c) | Aufhebung eines Ehevertrages | 100-400 |
| d) | Errichtung anderer Urkunden nach Familienrecht | 300-3'000 |

§ 23 Erbrecht

¹ Folgende Gebühren sind für Dienstleistungen im Erbrecht geschuldet:

- | | | |
|----|--|------------|
| a) | Errichtung oder Änderung einer öffentlichen letztwilligen Verfügung oder eines Erbvertrages | 200-6'000 |
| b) | Ausarbeitung eines Entwurfes für eine eigenhändige letztwillige Verfügung (einschliesslich Beratung) | 50-3'000 |
| c) | Aufhebung einer öffentlichen letztwilligen Verfügung oder eines Erbvertrages | 100-400 |
| d) | Bewilligung eines öffentlichen Inventars oder einer amtlichen Liquidation | 150 |
| e) | Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen ausserhalb eines Erbschaftsinventars | 100-2'000 |
| f) | Errichtung eines Erbschaftsinventars | 300-10'000 |
| g) | Geschäfte, die nicht zur Feststellung des Nachlasses dienen (Begründung einer Dienstbarkeit, einer Grundlast, eines Grundpfandrechtes, eines vormerkbaren Rechtes usw.) entsprechend dem Zeitaufwand | 300-10'000 |
| h) | Erteilung mit Liquidation des Nachlasses | 100-10'000 |
| i) | Durchführung einer amtlichen Liquidation, zusätzlich zur Gebühr für die Errichtung eines Erbschaftsinventars | 100-10'000 |
| j) | Erbenbescheinigung | 50-1'000 |

§ 24 Sachenrecht

¹ Folgende Gebühren sind für Dienstleistungen im Sachenrecht geschuldet:

- | | | |
|----|--------------------------------------|------------|
| a) | Kauf-, Tausch- und Schenkungsvertrag | 100-10'000 |
|----|--------------------------------------|------------|

[Geschäftsnummer]

| | | |
|----|---|--------------|
| b) | Aufhebung von Mit- und Gesamteigentum, sofern keine Gebühr nach § 23 Absatz 1 Buchstaben h und i geschuldet ist | 200-1'000 |
| c) | Übertragung eines selbständigen und dauernden Rechtes | 200-10'000 |
| d) | Begründung von Stockwerkeigentum | 1'000-15'000 |
| e) | Ausübung eines Vorkaufsrechtes | 100-1'000 |
| f) | Ausübung eines Kaufs- oder Rückkaufsrechtes | 300-10'000 |
| g) | Begründung eines selbständigen und dauernden Rechtes | 200-10'000 |
| h) | Begründung einer andern Dienstbarkeit, einer Grundlast oder eines vormerkbaren Rechtes | 100-10'000 |
| i) | Kontrolle, Prüfung oder Errichtung eines Eintragungsausweises für Grundbuchanmeldungen | 80-1'500 |
| j) | Arbeiten im Zusammenhang mit Baulandumlegungen | 1'000-35'000 |
| k) | Parzellierung und Vereinigung | 100-10'000 |
| l) | Vorvertrag | 100-10'000 |
| m) | in separater Urkunde begründete Errichtung oder Abänderung eines Grundpfandrechtes | 20-10'000 |

§ 25 Obligationenrecht

¹ Folgende Gebühren sind für Dienstleistungen im Obligationenrecht geschuldet:

| | | |
|----|---|------------|
| a) | Beurkundung einer Bürgschaftserklärung | 100-1'000 |
| b) | Errichtung oder Änderung eines Leibrenten- oder Verpfändungsvertrages | 100-10'000 |
| c) | Beurkundung nach Gesellschaftsrecht | 500-10'000 |
| d) | Beurkundung nach Wechsel- und Checkrecht | 100-1'000 |
| e) | freiwillige Versteigerung | 200-10'000 |
| f) | Bewilligung einer freiwilligen Versteigerung, sofern sie nicht vom Amtschreiber oder von der Amtschreiberin durchgeführt wird | 200 |

§ 26 Verschiedene Verrichtungen

¹ Folgende Gebühren sind für verschiedene Verrichtungen geschuldet:

| | | |
|----|---|-----------------------|
| a) | Beglaubigung | 20 |
| b) | Elektronische Beglaubigung | 30 |
| c) | Beurkundungen, wenn keine besondere Gebühr vorgesehen ist | 10-2'000 |
| d) | Entgegennahme, Aufbewahrung und Auszahlung von Geldern pro 1000 Franken oder Teile davon | 3, min. 5, max. 2'000 |
| e) | Entgegennahme und Aufbewahrung von Wertpapieren oder Gegenständen | 10-400 |
| f) | Aufbewahrung einer letztwilligen Verfügung oder einer Mitteilung nach § 18 EG ZGB ¹⁾ | 50 |

¹⁾ BGS [211.1](#).

[Geschäftsnummer]

| | | |
|----|---|--------|
| g) | Grundbuchauszug mit oder ohne Bescheinigung | 15-500 |
| h) | schriftliche oder mündliche Auskünfte aus Registern an Auskunftssuchende, welche sie regelmässig oder geschäftsmässig verlangen (Banken, Kreditauskunfteien, usw.), je Auskunft | 15-500 |

§ 27 Entschädigung der Inventurbeamten

¹ Für die Siegelung von Nachlassgegenständen, die Aufnahme eines Inventars, die Ausstellung einer Vermögenslosigkeitsbescheinigung, die Durchführung einer Schätzung und die Teilnahme an einer Inventarverhandlung erhalten die Inventurbeamten eine Stundenentschädigung, die vom Regierungsrat festgesetzt wird.

² Die Entschädigung der Reiseauslagen richtet sich nach jener für das Staatspersonal.

³ Die Entschädigung für die Ausstellung einer Vermögenslosigkeitsbescheinigung trägt der Staat.

§ 28 Entschädigung der Erbschaftsverwalter

¹ Die Entschädigungen der Erbschaftsverwalter werden auf Antrag des zuständigen Amtschreibers vom Regierungsrat festgesetzt.

§ 29 Gebühren für Erbenvertreter

¹ Die Gebühren für den Vertreter der Erbengemeinschaft bestimmt nach dessen Anhören der zuständige Amtschreiber.

2.2.2. Anwaltskammer

§ 30 Anwaltskammer

¹ Die Anwaltskammer erhebt folgende Gebühren:

| | | |
|----|---|------------|
| a) | Eintragung und Löschung im kantonalen Anwaltsregister oder in einer gesetzlich vorgesehenen Liste | 400 |
| b) | andere Entscheide | 100-10'000 |

2.2.3. Bildung

§ 31 Volksschule

¹ Folgende Gebühr ist geschuldet für die

| | | |
|----|---|-----------|
| a) | Genehmigung von Vereinbarungen nach dem Volksschulgesetz vom 14. September 1969 ¹⁾ | 50-800 |
| b) | Genehmigung des Organisationsstatus von Zweckverbänden nach dem Volksschulgesetz vom 14. September 1969 ²⁾ | 800-1'000 |
| c) | Wiedererteilung der Unterrichtsberechtigung | 200-1'000 |

¹⁾ BGS [413.111](#).

²⁾ BGS [413.111](#).

§ 32 *Berufsbildung*

¹ Für das unbegründete Fernbleiben oder Zurücktreten von einer Abschlussprüfung der beruflichen Grundbildung einschliesslich der Berufsmaturität ist eine Gebühr von 200 Franken geschuldet.

§ 33 *Privatschulen*

¹ Folgende Gebühr ist geschuldet für

- | | | |
|----|---|-------------|
| a) | Betriebsbewilligungen von Privatschulen mit gewinnstrebendem Charakter | 1'000-3'000 |
| b) | Betriebsbewilligungen von Privatschulen ohne gewinnstrebenden Charakter | 300-1'000 |

2.2.4. Bürgerrecht und Zivilstand

§ 34 *Bürgerrecht und Zivilstand*

¹ Folgende Gebühr ist geschuldet für

- | | | |
|----|---|-----------|
| a) | das Erteilen des Kantonsbürgerrechts, pro Gesuch | 200-3'000 |
| b) | die Entlassung aus dem Kantonsbürgerrecht, pro Gesuch | 100-1'000 |
| c) | die Adoptionsverfügung | 500-1'000 |
| d) | die Bewilligung einer Namensänderung | 100-600 |

2.2.5. Energiefachstelle

§ 35 *Energiefachstelle*

¹ Die Gebühr für eine Verfügung nach der Energiegesetzgebung des Bundes und des Kantons beträgt 150-600 Franken.

2.2.6. Gebäudeversicherung

§ 36 *Gebäudeversicherung*

¹ Für folgende Dienstleistungen der Gebäudeversicherung ist eine Gebühr geschuldet:

- | | | |
|----|---|-----------|
| a) | Beschwerdeentscheid der Verwaltungskommission der Solothurnischen Gebäudeversicherung (SGV) | 50-2'000 |
| b) | Verkehrswertschätzung von Grundstücken durch eine Schätzungskommission der SGV | 300-1'500 |
| c) | Patentprüfung für Kaminfeger | 400 |
| d) | Ausstellen einer Patenturkunde oder eines Duplikates für Kaminfeger | 50 |
| e) | Bewilligung zur berufsmässigen Ausführung von Gebäudeblitzschutzvorrichtungen | 100 |

² Die Gebühren nach Absatz 1 gehen an die SGV.

[Geschäftsnummer]

2.2.7. Gemeinden

§ 37 *Gemeinden*

¹ Für folgende Dienstleistungen des Amtes für Gemeinden ist eine Gebühr geschuldet:

- | | | |
|----|---|--------------|
| a) | Bewilligung zur Bildung einer neuen Gemeinde und Genehmigung von Gebietsveränderungen (Grenzbereinigung oder Änderung im Bestand), soweit damit nicht ein Gemeindezusammenschluss bezweckt wird | 1'000-10'000 |
| b) | Revisionsbeanstandungen, Untersuchungen bei Unordnung und gesetzwidrigen Zuständen in Gemeinden | 200-10'000 |
| c) | Entzug der Selbstverwaltung | 1'000-10'000 |

2.2.8. Gerichte

2.2.8.1. Allgemeine Bestimmungen

§ 38 *Fehlende Gebühr*

¹ Ist eine Gebühr oder eine Entschädigung vom zuständigen Richter nicht festgesetzt worden, so hat sie der Gerichtsschreiber nachträglich festsetzen zu lassen oder, sofern dies nicht mehr möglich ist, selber festzusetzen.

§ 39 *Kostenverzeichnis*

¹ Für jedes Verfahren ist ein Kostenverzeichnis anzulegen. Darin sind alle Gebühren, Entschädigungen und Auslagen gesondert aufzuführen.

§ 40 *Kopien*

¹ Für Kopien aus Entscheiden und aus Akten wird eine Gebühr von 50 Rappen für jede Seite erhoben.

² Beträge unter 10 Franken werden nicht in Rechnung gestellt.

³ Für Kopien von anonymisierten Urteilen kann zusätzlich zu Absatz 1 ein Pauschalbetrag von 20-100 Franken in Rechnung gestellt werden.

2.2.8.2. Zivilsachen

§ 41 *Schlichtungsverfahren*

¹ Für das Schlichtungsverfahren vor den Schlichtungsbehörden ist eine Pauschalgebühr von 200-1'500 Franken geschuldet.

§ 42 *Entscheidgebühr*

¹ Die Entscheidgebühr beträgt bei einem Streitwert von

- | | | |
|----|------------------------|-----------|
| a) | bis 30'000 Franken | 200-4'000 |
| b) | 30'001-50'000 Franken | 600-5'500 |
| c) | 50'001-100'000 Franken | 800-8'000 |

[Geschäftsnummer]

| | | |
|----|---------------------------|--------------|
| d) | 100'001-200'000 Franken | 1'200-13'000 |
| e) | 200'001-500'000 Franken | 1'800-25'000 |
| f) | 500'001-1'000'000 Franken | 2'500-50'000 |

² Übersteigt der Streitwert 1 Million Franken, so kann die Maximalgebühr nach Absatz 1 um bis 1 Prozent des Streitwerts erhöht werden.

³ Kann der Streitwert nicht beziffert werden, beträgt die Entscheidungsgebühr 200-20'000 Franken.

⁴ Endet das Verfahren ohne Sachurteil oder ist keine schriftliche Urteilsbegründung erforderlich, so kann die Gebühr reduziert werden bis auf das Mass, das dem Aufwand entspricht, der bei Verfahrensbeendigung aufgelaufen ist. Die in Absatz 1 genannten Minimalgebühren dürfen in der Regel nicht unterschritten werden.

2.2.8.3. Strafsachen

§ 43 Staatsgebühren

¹ Für Urteile, Beschlüsse, Vergleiche, Verfügungen ist folgende Gebühr geschuldet:

| | | |
|----|--|-----------|
| a) | Staatsanwalt, Untersuchungsbeamter und Einzelrichter | |
| | 1. Strafbefehle und Einstellungsverfügungen | 50-15'000 |
| | 2. Prozesse und andere Verrichtungen | 80-50'000 |
| b) | Amtsgericht | 80-75'000 |
| c) | Obergericht | 80-75'000 |
| d) | Haftrichter | |
| | 1. Entscheide in Haftsachen | 50-5'000 |
| | 2. Andere ihm von der Gesetzgebung übertragene Entscheide | 50-5'000 |
| e) | Jugendrechtspflege | |
| | 1. Jugendanwaltschaft: Strafbefehle, Verfügungen, Entscheide, Berichte, Vollzug von Massnahmen | 50-3'000 |
| | 2. Jugendgerichtspräsident | 50-2'000 |
| | 3. Jugendgericht | 50-5'000 |

2.8.4. Gerichtssachen

§ 44 Verwaltungsgericht

¹ Folgende Gebühren sind geschuldet für

| | | |
|----|--|-----------|
| a) | Verfahren nach §§ 48 und 49 des Gesetzes über die Gerichtsorganisation vom 13. März 1977 ¹⁾ | 50-15'000 |
| b) | übrige Verfahren | 30-10'000 |

§ 45 Versicherungsgericht

¹ Die Spruchgebühr in Fällen leichtsinniger oder mutwilliger Beschwerde- und Prozessführung beträgt 50-600 Franken.

¹⁾ BGS [125.12.](#)

[Geschäftsnummer]

§ 46 Kantonale Schätzungskommission

¹ Folgende Gebühren sind geschuldet für

- | | | |
|----|------------------------------------|-----------|
| a) | Verfahren vor dem Präsidenten | 50-1'500 |
| b) | Verfahren vor der Gesamtkommission | 50-10'000 |

§ 47 Kantonales Steuergericht

¹ Folgende Gebühren sind geschuldet:

- | | | |
|----|--|--|
| a) | Grundgebühr | 50-3'000 |
| b) | Zuschläge | |
| 1. | Staatssteuerrekurse betreffend Einkommen und Ertrag 1 Prozent des strittigen Einkommens/Ertrages | |
| 2. | Staatssteuerrekurse betreffend Vermögen und Kapital 2 Promille des streitigen Vermögens/Kapitals | |
| 3. | Gemeindesteuerrekurse | 50-1'500 |
| 4. | Beschwerden betreffend direkte Bundessteuer, wenn nur die Bundessteuertaxation umstritten ist: | 1/3 der Gebühr nach Ziff. 1 |
| 5. | Beschwerden betreffend direkte Bundessteuer, bei gleichzeitiger Beurteilung der Staatssteuerveranlagung | 10 Prozent der Gebühr nach Ziff. 1 |
| 6. | Militärpflichtersatz, Verrechnungssteuer sowie Nebensteuern und Gebühren nach § 56 Absatz 1 Buchstabe b GO ¹⁾ | 5 Prozent des Abgabebetrag |
| 7. | Beschwerden gegen die Katasterschätzung | 2 Promille des streitigen Schätzungsbetrages |

² In besonderen Fällen, wie bei Steuerhoheitsstreitigkeiten, Zwischenveranlagungen, Anwendung von § 58 Absatz 3 StG²⁾, Steueraufschub, Verfahrens- und Bezugsfragen, kann auf den Zuschlag verzichtet werden.

³ Die Gerichtsgebühr beträgt maximal 15'000 Franken.

§ 48 Schiedsgericht in der Kranken- und Unfallversicherung

¹ Die Gebühren für Vermittlungsvorschläge oder Schiedssprüche des Schiedsgerichtes in der Kranken- und Unfallversicherung betragen 500-10'000 Franken.

2.2.8.5. Friedensrichter

§ 49 Gebühren

¹ Die Friedensrichter erheben folgende Gebühren:

- | | | |
|----|---|----|
| a) | Partei- oder Zeugenvorladung | 5 |
| b) | Verhandlungen | |
| 1. | bei einer Verhandlungsdauer bis eine halbe Stunde | 12 |
| 2. | bei einer längeren Verhandlungsdauer | 25 |

¹⁾ BGS [125.12.](#)

²⁾ BGS [614.11.](#)

| | | |
|----|--|----|
| c) | Protokollierung eines Urteils oder eines Vergleichs | 50 |
| d) | Erlass eines Strafbefehls oder einer Einstellungsverfügung | 50 |
| e) | Durchführung einer Steigerung von andern Gegenständen als Grundstücken, Vieh und Handelsware und Mitwirkung beim Verkauf von Waren, pro Stunde | 20 |
| f) | Anzeige an den Verkäufer oder an eine Partei nach Artikel 204 Absatz 3, 427 und 445 OR ¹⁾ | 10 |
| g) | Bescheinigungen, Abschriften und Auszüge, pro Seite | 5 |

² Neben den Gebühren nach Absatz 1 können sie den Ersatz der Auslagen für die Zustellung (Gebühr des Weibels und Porti) verlangen.

§ 50 *Kostenvorschuss*

¹ Die Friedensrichter sind berechtigt, von der Klagepartei für die Friedensrichterkosten Kostenvorschuss zu verlangen.

§ 51 *Vollzug von Bussen und Kosten*

¹ Der Vollzug von Bussen und Kosten der Friedensrichter ist Sache der Einwohnergemeinden.

² Diese bestimmen die zuständige Vollzugsbehörde.

2.2.8.6. Zeugen, Sachverständige, Liquidatoren, Übersetzer, Parteien

§ 52 *Zeugengeld*

¹ Zeugen erhalten ein Zeugengeld von 20 Franken.

² Das Zeugengeld kann verweigert werden, wenn der Zeuge seine Zeugnispflicht mangelhaft erfüllt.

§ 53 *Entschädigung*

¹ Die Entschädigung für Sachverständige, Liquidatoren und Übersetzer bestimmt nach deren Anhören der Richter, Staatsanwalt oder Untersuchungsbeamte.

² Bei schriftlicher Erledigung des Auftrages haben sie für Aufwand und Auslagen Rechnung zu stellen. Die Rechnung ist vom Richter, Staatsanwalt oder Untersuchungsbeamten zu genehmigen. Übertriebene Forderungen sind zu ermässigen.

§ 54 *Auslagen*

¹ Zeugen, Auskunftspersonen, Sachverständigen, Liquidatoren und Übersetzern werden Verdienstauffälle, Reiseauslagen und andere Auslagen, die durch die Teilnahme an der Gerichtsverhandlung entstanden sind, ersetzt.

² Die Entschädigung für Verdienstauffall darf in der Regel 300 Franken pro Tag nicht übersteigen.

¹⁾ [SR 220](#).

[Geschäftsnummer]

³ Als Reiseauslage ist in der Regel der Preis eines Bahnbilletts 2. Klasse zu entschädigen. Wird das Auto benützt, kann die für das Staatspersonal geltende Kilometerentschädigung ausgerichtet werden.

2.2.8.7. Verteidiger- und Parteientschädigungen im Strafverfahren

§ 55 *Entschädigung, Vergütung und Reiseauslagen*

¹ Der Richter setzt die Entschädigung der privat bestellten Verteidiger und der Rechtsbeistände von Privatklägern oder Dritten sowie der amtlichen Verteidiger und unentgeltlichen Rechtsbeistände nach dem Aufwand fest, welcher für eine sorgfältige und pflichtgemässe Vertretung erforderlich ist. Er gibt den Parteien vor dem Entscheid Gelegenheit zur Einreichung einer Honorarnote. Wird keine detaillierte Honorarnote eingereicht, schätzt er den Aufwand nach pflichtgemäßem Ermessen.

² Der Stundenansatz für die Bestimmung der Kosten der privat bestellten Verteidiger und der Rechtsbeistände von Privatklägern oder Dritten beträgt 230-330 Franken zuzüglich Mehrwertsteuer, soweit sie Anwälte sind. § 3 ist analog anwendbar.

³ Der Stundenansatz für die Bestimmung der Entschädigung der amtlichen Verteidiger und unentgeltlichen Rechtsbeistände sowie für die Ausfallhaftung des Staates beträgt 180 Franken zuzüglich Mehrwertsteuer.

⁴ Die Stundenansätze beruhen auf dem Teuerungsstand vom 30. September 2006. Sie werden jeweils der Teuerung angepasst, wenn diese im Vergleich zur aktuellen Festsetzung 5 Prozent beträgt. Die Gerichtsverwaltungscommission legt die neuen Stundenansätze durch Weisung fest.

⁵ Die Vergütung für Fotokopien beträgt 50 Rappen pro Stück. Für die Reiseauslagen gilt § 54 Absatz 3.

§ 56 *Entschädigung Anwalt erster Stunde*

¹ Die Tätigkeiten des Anwalts der ersten Stunde werden durch den Kanton entschädigt, wenn sich nach einer vorläufigen Festnahme durch die Polizei erweist, dass keine amtliche Verteidigung zu gewähren ist, obwohl zum Zeitpunkt des Bezugs die Anordnung der amtlichen Verteidigung als wahrscheinlich erschien, und die Entschädigung bei der beschuldigten Person selber uneinbringlich ist. Der Staatsanwalt oder Jugendanwalt bestimmt die Entschädigung des Anwalts der ersten Stunde in Anwendung von § 177 Absätze 3 und 5. Artikel 135 Absätze 4 und 5 der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) vom 5. Oktober 2007¹⁾ gelten sinngemäss.

¹⁾ SR [312.0](#).

2.2.8.8. Parteientschädigungen und Entschädigungen der unentgeltlichen Rechtsbeistände in Zivilverfahren

§ 57 *Kosten und Entschädigung*

¹ Der Richter setzt die Kosten der berufsmässigen Vertretung und die Entschädigung der unentgeltlichen Rechtsbeistände nach dem Aufwand fest, welcher für eine sorgfältige und pflichtgemässe Vertretung erforderlich ist. Er gibt den Parteien vor dem Entscheid Gelegenheit zur Einreichung einer Honorarnote. Wird keine detaillierte Honorarnote eingereicht, schätzt er den Aufwand nach pflichtgemäßem Ermessen.

² Der Stundenansatz für die Bestimmung der Kosten der berufsmässigen Vertretung beträgt 230-330 Franken zuzüglich Mehrwertsteuer, soweit sie durch Anwälte wahrgenommen wird. § 3 ist analog anwendbar.

³ Der Stundenansatz für die Bestimmung der Entschädigung der unentgeltlichen Rechtsbeistände sowie für die Ausfallhaftung des Staates beträgt 180 Franken zuzüglich Mehrwertsteuer.

⁴ Die Stundenansätze beruhen auf dem Teuerungsstand vom 30. September 2006. Sie werden jeweils der Teuerung angepasst, wenn diese im Vergleich zur aktuellen Festsetzung 5 Prozent beträgt. Die Gerichtsverwaltungscommission legt die neuen Stundenansätze durch Weisung fest.

⁵ Die Vergütung für Fotokopien beträgt 50 Rappen pro Stück. Für die Reiseauslagen gilt § 54 Absatz 3.

2.2.8.9. Parteientschädigungen und Entschädigungen der unentgeltlichen Rechtsbeistände in Verwaltungsgerichtsverfahren

§ 58 *Entschädigungen*

¹ Im Verwaltungsgerichtsverfahren ist § 57 sinngemäss anwendbar.

2.2.8.10. Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs

§ 59 *Böswillige oder mutwillige Beschwerdeführung*

¹ Die Spruchgebühr bei böswilliger oder mutwilliger Beschwerdeführung beträgt 100–3'000 Franken.

2.2.9. Gesundheit

§ 60 *Lebensmittelgesetz*

¹ Die Gebühren für Kontrollen, Dienstleistungen und Bewilligungen nach Artikel 45 Absatz 2 Buchstaben a^{bis}, c, d und e des Bundesgesetzes über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz, LMG) vom 9. Oktober 1992¹⁾ betragen 20-10'000 Franken.

§ 61 *Bewilligung zur Berufsausübung*

¹ Die Gebühren für die Bewilligungen zur Berufsausübung betragen für

¹⁾ SR [817.0](#).

[Geschäftsnummer]

| | | |
|----|--|-----|
| a) | Medizinalpersonen (§ 22 GHG ¹⁾) | 500 |
| b) | Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen, Heilpraktiker und Heilpraktikerinnen (§§ 26 und 27 GHG ²⁾) | 500 |
| c) | Andere Berufe der Gesundheitspflege (§ 28 GHG ³⁾ , §§ 27-66 VVGHG ⁴⁾) | 300 |
| d) | Assistenten und Assistentinnen, Stellvertreter und Stellvertreterinnen (§ 16 GHG ⁵⁾) | 200 |

§ 62 Betriebsbewilligungen und andere Bewilligungen

¹ Die Gebühren für Betriebsbewilligungen betragen für

| | | |
|----|---|--------------|
| a) | Öffentliche Apotheken und Drogerien [§§ 16 und 23 des Gesetzes über die Einführung des Bundesgesetzes über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz) vom 10. September 2003 ⁶⁾] | 100-1'000 |
| b) | Private Apotheken (§ 19 des Heilmittelgesetzes ⁷⁾) | |
| | 1. neue Bewilligungen | 100-500 |
| | 2. bisherige Bewilligungsinhaber und Bewilligungsinhaberinnen | 50 |
| c) | Spitalapotheken (§ 22 des Heilmittelgesetzes ⁸⁾) | 100-2'000 |
| d) | Versandhandel (§ 24 des Heilmittelgesetzes ⁹⁾) | 100-2'000 |
| e) | Übrige Abgabestellen (§§ 13 und 15 des Heilmittelgesetzes ¹⁰⁾) | 100-500 |
| f) | Lagerung von Blut und Blutprodukten (§ 26 des Heilmittelgesetzes ¹¹⁾) | 100-1'000 |
| g) | Private Spitäler (§ 48 GHG ¹²⁾) | 2'000-10'000 |
| h) | Private Laboratorien, medizinische Institute und Ausbildungsstätten für Gesundheitsberufe (§ 57 GHG ¹³⁾) | 500-5'000 |
| i) | Andere Einrichtungen der Gesundheitspflege (Geburtshäuser, Krankentransportdienste, Ergotherapie-Institutionen etc.; § 57 GHG ¹⁴⁾) | 500-5'000 |

² Die Gebühren für andere Bewilligungen betragen für

| | | |
|----|--|-----------|
| a) | die Herstellung von Arzneimitteln (§ 25 EGHMG ¹⁵⁾) | 400-2'000 |
|----|--|-----------|

¹⁾ SR [811.1.](#)

²⁾ SR [811.1.](#)

³⁾ SR [811.1.](#)

⁴⁾ BGS [811.12.](#)

⁵⁾ SR [811.1.](#)

⁶⁾ BGS [813.111.](#)

⁷⁾ BGS [813.111.](#)

⁸⁾ BGS [813.111.](#)

⁹⁾ BGS [813.111.](#)

¹⁰⁾ BGS [813.111.](#)

¹¹⁾ BGS [813.111.](#)

¹²⁾ BGS [811.11.](#)

¹³⁾ BGS [811.11.](#)

¹⁴⁾ BGS [811.11.](#)

¹⁵⁾ BGS [813.111.](#)

- b) die Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung

100-1'000

§ 63 Lebensmittelkontrolle

¹ Die Gebühren für Untersuchungen und Inspektionen der Kantonalen Lebensmittelkontrolle nach Artikel 45 des Bundesgesetzes über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz, LMG) vom 9. Oktober 1992¹⁾ betragen 50-10'000 Franken.

² Die Gebühr innerhalb des Gebührenrahmens nach Absatz 1 wird im Einzelfall nach der Verordnung über die Gebühren für die Lebensmittelkontrolle (VGLek) vom 1. März 1995²⁾ und nach dem Gebührentarif für amtliche Laboratorien der Lebensmittelkontrolle der Schweiz vom 1. Juli 1989³⁾ festgelegt.

³ Die Gebühren betragen für weitere Tätigkeiten und Bewilligungen der Kantonalen Lebensmittelkontrolle 50-5'000 Franken.

⁴ Die Gebühren betragen für die Prüfung für Lebensmittelkontrolleure und Lebensmittelkontrolleurinnen 400 Franken.

§ 64 Kontrollen

¹ Die Gebühren betragen für Kontrollen in Praxen und Betrieben (mit Berichterstattung) 200-5'000 Franken.

§ 65 Massnahmen

¹ Die Gebühren für Massnahmen gegen Bewilligungsinhaber und Bewilligungsinhaberinnen nach § 14^{bis} Gesundheitsgesetz vom 27. Januar 1999⁴⁾ betragen 200-5'000 Franken.

2.2.10. Hochbau

§ 66 Subventionierter Wohnungsbau

¹ Die Gebühren für die Genehmigung oder Änderung von Mietzinsen im subventionierten Wohnungsbau betragen 15 Franken.

2.2.11. Landwirtschaft

§ 67 Boden- und Pachtrecht

¹ Die Gebühren für Schätzungen und Verfügungen in den Bereichen Boden und Pachtrecht betragen 50-1'000 Franken.

§ 68 Bewilligung, Genehmigung, Einspracheentscheid

¹ Die Gebühren betragen für

- a) die Bewilligung einer kürzeren Pachtdauer für landwirtschaftliche Liegenschaften

50-300

¹⁾ SR [817.0](#).

²⁾ SR [817.51](#).

³⁾ Herausgegeben vom Verband der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS).

⁴⁾ BGS [811.11](#).

[Geschäftsnummer]

| | | |
|----|---|-----------|
| b) | die Bewilligung der Fortsetzung der Pacht | 50-300 |
| c) | die Bewilligung der parzellenweisen Verpachtung | 50-300 |
| d) | die Genehmigung des Pachtzinses für ein landwirtschaftliches Gewerbe | 50-600 |
| e) | einen Einspracheentscheid nach § 5 der Verordnung über die landwirtschaftliche Pacht vom 29. September 1986 ¹⁾ | 100-2'000 |

§ 69 *Bewilligung der Zerstückelung von Grundstücken*

¹ Die Gebühren für die Bewilligung der Zerstückelung von Grundstücken betragen

| | | |
|----|--------------------------------|---------|
| a) | ohne Subventionsrückerstattung | 100-250 |
| b) | mit Subventionsrückerstattung | 150-400 |

§ 70 *Produktionslenkung und Einkommenssicherung*

¹ Die Gebühren für die Anerkennungen und Beitragsermittlung betragen 50-500 Franken.

§ 71 *Bewilligung zur Löschung von Anmerkungen*

¹ Die Gebühren für die Bewilligung zur Löschung von Anmerkungen nach den §§ 19 bis 21 der Verordnung über die Bodenverbesserungen in der Landwirtschaft (Bodenverbesserungsverordnung, BoVO) vom 24. August 2004²⁾ betragen 100-250 Franken.

§ 72 *Gebühren der Gemeinden für Viehmärkte (Höchstansätze)*

¹ An Viehmärkten betragen die Gebühren der Gemeinden für

| | | |
|----|---------------------------------------|-------------|
| a) | Tiere der Pferdegattung | pro Stück 6 |
| b) | Tiere der Rindergattung über 3 Monate | pro Stück 6 |
| c) | Tiere der Rindergattung bis 3 Monate | pro Stück 3 |
| d) | Kleinvieh | pro Stück 3 |

2.2.12. Migration

§ 73 *Amtshandlungen in den Bereichen Migration, ausländische Arbeitskräfte und Dienstleistungserbringend*

¹ In den Bereichen Migration, ausländische Arbeitskräfte und Dienstleistungserbringend betragen die Gebühren für

| | | |
|----|---|----------|
| a) | Verfügungen | 50-1'000 |
| b) | Stellungnahme zu Visumsantrag | 100 |
| c) | Kontrolle einer Garantieerklärung | 50 |
| d) | Bearbeitung von Anträgen für Reisedokumente | 20 |
| e) | Ausstellung einer Bestätigung | 25 |
| f) | Adressauskunft | 20 |

¹⁾ BGS [927.52](#).

²⁾ BGS [923.12](#).

g) Vermittlung von Dolmetschern 50

² Für Verrichtungen in dringenden Fällen oder ausserhalb der Büroöffnungszeiten wird ein Zuschlag von 50 Prozent zur ordentlichen Gebühr erhoben.

³ Für Annullationen und Ersatzgesuche für Tänzer, Künstler sowie für Musiker wird ein Zuschlag von 50 Franken erhoben.

2.2.13. Öffentliche Sicherheit

§ 74 Motorsportliche Veranstaltungen

¹ Die Gebühren für die Bewilligung von motorsportlichen Veranstaltungen betragen 100-500 Franken.

§ 75 Schifffahrt

¹ Die Gebühren betragen für die

- | | |
|--|--------|
| a) Bewilligung zur gewerbsmässigen Schiffsvermietung | 40-150 |
| b) Bewilligung von nautischen Veranstaltungen und von Versuchsfahrten | 20-100 |
| c) Saisonbewilligung zur Inverkehrsetzung eines ausserkantonalen Schiffes auf der Aare | 50 |

§ 76 Sprengstoffverordnung

¹ Die Gebühren nach der Vollzugsverordnung zur Bundesgesetzgebung über explosionsgefährliche Stoffe (Kantonale Sprengstoffverordnung) vom 1. Mai 1984¹⁾ betragen 50-200 Franken.

§ 77 Filmvorführungen

¹ Die Gebühren für die Bewilligung zur Eröffnung oder die Umwandlung eines Betriebes der Filmvorführung und Entzug dieser Bewilligung betragen 200-1'000 Franken.

§ 78 Strafregisterauszug

¹ Für den Auszug aus dem kantonalen Strafregister wird die bundesrechtlich erlaubte Maximalgebühr erhoben.

§ 79 Gewerbsmässige Tätigkeit

¹ Die Gebühren für die Bewilligung und den Entzug der Bewilligung zur gewerbsmässigen Ausübung der Tätigkeiten nach § 45 Absatz 1 des Gesetzes über die Kantonspolizei vom 23. September 1990²⁾ betragen 200-500 Franken.

§ 80 Alarm

¹ Bei Aufschaltung einer Alarmanlage fallen folgende Gebühren an:

1) BGS [512.251](#).

2) BGS [511.11](#).

[Geschäftsnummer]

- a) eine einmalige Bearbeitungs- und Aufschaltgebühr (eingeschlossen ist die Ausarbeitung eines Alarmdispositivs) 500-1'000
- b) Nutzungsgebühr, pro Jahr 300
- c) Änderung des Alarmdispositivs wegen Umzug oder Umbau 300-1'000

² Für das Ausrücken bei Fehlalarm (auch bei Anlagen, die nicht bei der Polizei aufgeschaltet sind) betragen die Gebühren

- a) für 2. und 3. Fehlalarm pro Kalenderjahr 150
- b) ab 4. Fehlalarm pro Kalenderjahr 250

³ Die Gebühren nach Absatz 2 werden halbiert, wenn der Alarm mittels Codewort vor Beginn der polizeilichen Intervention bei der Alarmzentrale widerrufen wird.

§ 81 *Mobile Alarmanlagen und Diebesfallen*

¹ Die Gebühren betragen für das

- a) Einrichten von mobilen Alarmanlagen 100-800
- b) Einrichten von Diebesfallen 50-300

§ 82 *Verschiedenes*

¹ Die Gebühren betragen für

- a) den Einsatz/die Vermietung technischer Hilfsmittel (ohne Schifffahrtspolizei) 30-500
- b) den Einsatz technischer Hilfsmittel der Schifffahrtspolizei 100-1'000
- c) Verbrauchsmaterial Selbstkosten
- d) Videoauswertungen, Untersuchungen von Ausweisen, Mikrosuren und Glühlampen, kriminaltechnische Gutachten, Sargversiegelungen 50-1'000

§ 83 *Lagern und Einstellen*

¹ Die Gebühren betragen für das

- a) Lagern/Einstellen aufgefundener oder sichergestellter Strassenfahrzeuge 20-3'000
- b) Lagern/Einstellen aufgefundener oder sichergestellter Wasserfahrzeuge Selbstkosten
- c) Lagern/Einstellen aufgefundener oder sichergestellter Gegenstände 20-500

² Zur Berechnung der Personalkosten sind die Weisungen des Regierungsrates über den Vollzug des Gebührentarifs massgebend. Der Einsatz von Sachmitteln wird nach den Ansätzen gemäss Gebührentarif verrechnet.

§ 84 *Berichte und Bilder*

¹ Die Gebühren betragen für

- a) die Abgabe von Berichten, Skizzen und Statistiken 25-800
- b) Fotoaufnahmen, Polaroidbilder, Videoprints, Spurenfotogramme, pro Bild 5-50

§ 85 *Verfügungen*

¹ Die Gebühren für die Zustellung von Verfügungen betragen 100 Franken.

§ 86 *Motorfahrrad*

¹ Die Gebühren für die technische Kontrolle eines Motorfahrrades betragen 120 Franken.

§ 87 *Einsatz staatlicher Motorfahrzeuge*

¹ Die Gebühren für die Verwendung von staatlichen Strassen-Motorfahrzeugen betragen je nach eingesetztem Fahrzeug pro Einsatz 20-150 Franken.

² Zusätzlich zu den Gebühren nach Absatz 1 sind für Sondertransporte folgende Gebühren geschuldet:

- a) je nach Fahrzeugkategorie, pro Kilometer -50-5
- b) Personalkosten gemäss Weisung des Regierungsrates über den Vollzug des Gebührentarifs

§ 88 *Polizeiboote*

¹ Es sind folgende Gebühren geschuldet:

- a) Verwendung eines Polizeibootes, pro Stunde 100
- b) Personalkosten gemäss Weisung des Regierungsrates über den Vollzug des Gebührentarifs

§ 89 *Verschiedene Bewilligungen*

¹ Für folgende Bewilligungen sind Gebühren geschuldet:

- a) Bewilligung von radsportlichen Veranstaltungen 100-500
- b) Bewilligung von Verkehrsanordnungen bei Fest-
anlässen 50-200
- c) Ausnahmegewilligung für die Durchfahrt bei
Verbotssignalen 50-200

§ 90 *Besondere polizeiliche Leistungen*

¹ Besondere polizeiliche Leistungen des Kantons sind grundsätzlich kostenpflichtig. Der Einsatz von Sachmitteln wird nach den Ansätzen gemäss Gebührentarif verrechnet.

² Kostenersatz wird insbesondere verlangt vom Veranstalter von Anlässen, die einen aufwendigen, ausserordentlichen Polizeieinsatz erforderlich machen. Kostenersatz kann auch verlangt werden vom Verursacher ausserordentlicher Aufwendungen, die bei einem anderen Polizeieinsatz entstehen, namentlich wenn er vorsätzlich oder grobfahrlässig verursacht worden ist oder wenn er in überwiegend privatem oder kommerziellem Interesse erfolgt ist.

³ Das Departement kann auf den Kostenersatz ganz oder teilweise verzichten bei Veranstaltungen, die teilweise im öffentlichen Interesse liegen oder einem ideellen Zweck dienen, sowie bei Anlässen, die keinen oder nur einen geringen Gewinn abwerfen.

[Geschäftsnummer]

§ 91 *Häusliche Gewalt*

¹ Die Gebühren für Verfügungen über Wegweisung und Rückkehrverbot bei häuslicher Gewalt (§ 37^{ter} des Gesetzes über die Kantonspolizei vom 23. September 1990¹⁾) betragen 100-1'000 Franken.

§ 92 *Verkehrserziehung*

¹ Die Gebühren für Massnahmen und Verfügungen im Bereich der Verkehrserziehung gegenüber Personen, welche dem Jugendstrafrecht unterstehen (§ 85 Absatz 2 des Gesetzes über die Gerichtsorganisation vom 13. März 1977²⁾) betragen 20-100 Franken.

§ 93 *Rayonverbot, Meldeauflagen und Polizeigewahrsam*

¹ Die Gebühren für Verfügungen über Rayonverbote, Meldeauflagen und Polizeigewahrsam (Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 15. November 2007³⁾) betragen 10-500 Franken.

2.2.14. Raumplanung

§ 94 *Bau von Skiliften*

¹ Die Gebühren für die Bewilligung zum Bau von Skiliften betragen 50-700 Franken.

§ 95 *Rohrleitungsanlagen*

¹ Die Gebühren für die Bewilligung zum Bau oder zur Änderung von Rohrleitungsanlagen betragen 50-3'000 Franken.

§ 96 *Bauen ausserhalb der Bauzone*

¹ Die Gebühren für die Bewilligung zum Bauen ausserhalb der Bauzone betragen 50-700 Franken.

§ 97 *Nutzungspläne und Baulandumlegungen*

¹ Die Gebühren für die Genehmigung von Nutzungsplänen und Baulandumlegungen betragen 200-15'000 Franken.

§ 98 *Verordnung über den Natur- und Heimatschutz*

¹ Die Gebühren für eine Ausnahmegenehmigung nach der Verordnung über den Natur- und Heimatschutz vom 14. November 1980⁴⁾) betragen 100-1'000 Franken.

§ 99 *Unterschreitung des gesetzlichen Waldabstandes*

¹ Die Gebühren für die Bewilligung zur Unterschreitung des gesetzlichen Waldabstandes betragen 100-1'000 Franken.

1) BGS [511.11.](#)

2) BGS [125.12.](#)

3) BGS [511.14.](#)

4) BGS [435.141.](#)

2.2.15. Soziale Sicherheit

§ 100 Befreiung von der obligatorischen Krankenversicherung

¹ Die Gebühren für Verfügungen über die Befreiung von der obligatorischen Krankenversicherung betragen 100-1'000 Franken.

§ 101 Formulare für Mietzinserhöhungen

¹ Die Gebühren für die Genehmigung der Formulare für Mietzinserhöhungen und Kündigungen betragen 50-200 Franken.

§ 102 Sterilisationsgesetz

¹ Die Gebühren für die Bewilligung nach dem Bundesgesetz über Voraussetzungen und Verfahren bei Sterilisationen (Sterilisationsgesetz) vom 17. Dezember 2004¹⁾ betragen 100-1'000 Franken.

§ 103 Pflege und Adoption

¹ Die Gebühren für die Bewilligung zur Aufnahme von Kindern zur Pflege oder zur Adoption betragen 100-1'000 Franken.

§ 104 Betriebs- und Taxibewilligungen nach der Sozialgesetzgebung

¹ Die Gebühren für Betriebs- und Taxibewilligungen nach der Sozialgesetzgebung, insbesondere für ambulante, teilstationäre und stationäre Institutionen in den Bereichen Kinder- und Jugendbetreuung, Alter, Sucht, Behinderung, Pflege sowie soziale Notlagen betragen 100-1'000 Franken.

§ 105 Vollstreckungen

¹ Die Gebühren für Vollstreckungen von Verfügungen, Entscheiden oder Urteilen betragen 300-3'000 Franken.

§ 106 Beglaubigungen

¹ Die Gebühren für die Beglaubigung oder das Einholen einer auswärtigen Beglaubigung betragen 50 Franken.

§ 107 Verrichtungen der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

¹ Für die Anordnung, Aufhebung und Abänderung von Massnahmen, einschliesslich vorsorglicher Massnahmen, im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes sind folgende Gebühren geschuldet:

- | | | |
|----|--|-----------|
| a) | Errichtung von Beistandschaften und Vormundschaften zum Schutze von Nettovermögen ab 50'000 Franken | 200-2'000 |
| b) | Anordnung zur Aufnahme eines öffentlichen Inventars nach Artikel 405 Absatz 3 ZGB ²⁾ | 100-1'000 |
| c) | Erteilung von Zustimmungen nach Artikel 416 Absatz 1 Ziffer 3 bis 9 ZGB ³⁾ Von der Gebühr kann abgesehen werden, wenn die betroffene Person keinen finanziellen Vorteil aus dem Geschäft zieht. | 200-2'000 |

¹⁾ SR [211.111.1](#).

²⁾ SR [210](#).

³⁾ SR [210](#).

[Geschäftsnummer]

| | | |
|----|---|-----------|
| d) | Prüfung und Genehmigung der Rechnung bei Beistandschaften, Vormundschaften und anderen Vermögensverwaltungen sowie -kontrollen | 500-5'000 |
| e) | Vormundschaften und Beistandschaften im Zusammenhang mit Adoptionen einschliesslich die Ernennung von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern | 100-1'000 |
| f) | Zustimmung zur Adoption gemäss Artikel 265 ZGB ¹⁾ | 100-1'000 |
| g) | Verfahren zur Regelung des persönlichen Verkehrs | 500-5'000 |
| h) | Genehmigung einer Abfindungsvereinbarung nach Artikel 288 ZGB ²⁾ | 200-2'000 |
| i) | Regelung der elterlichen Sorge gemäss Artikel 298a Absatz 2 ZGB ³⁾ | 500-5'000 |

§ 108 Entschädigung für Mandatsträger und Mandatsträgerinnen

¹ Die Entschädigung beträgt unter Vorbehalt der Absätze 3 und 4 pro Jahr:

| | | |
|----|--|-----------|
| a) | für die Einkommens- und Vermögensverwaltung | 300-3'000 |
| b) | für persönliche Betreuung | 300-3'000 |
| c) | für die Amtsführung ausserhalb der oben genannten Aufgaben | 500-5'000 |

² Die ausgewiesenen und notwendigen Auslagen sind zusätzlich in Rechnung zu stellen. Als Reiseauslage ist in der Regel der Preis eines Bahnbillets 2. Klasse zu entschädigen. Wird das Auto benützt, kann die für das Staatspersonal geltende Kilometerentschädigung ausgerichtet werden.

³ Für die Entschädigung für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die Angestellte einer Sozialregion sind, gilt ein Stundenansatz von 100 Franken. Auslagen, die im Rahmen der Amtsführung anfallen, sind mit dem Stundenansatz abgedeckt und dürfen nicht extra in Rechnung gestellt werden. Gleiches gilt für private Mandatsträger und Mandatsträgerinnen, die über eine anerkannte Fachausbildung verfügen, welche für die Mandatsführung unverzichtbar ist und für welche der genannte Stundenansatz gerechtfertigt erscheint.

⁴ Wer als Anwalt oder Anwältin, als Treuhänder oder Treuhänderin mit Fach- oder gleichwertigem Ausweis ein von der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde angeordnetes Mandat wahrnimmt, kann ein Honorar nachdem anwendbaren Berufstarif nur für diejenigen Verrichtungen beanspruchen, für die berufsspezifische Kenntnisse notwendig sind. Ansonsten erfolgt die Entschädigung nach Massgabe der Absätze 1 und 2.

2.2.16. Staatskanzlei

§ 109 Gebühren des Staatsarchives

¹ Die Gebühren betragen für

¹⁾ SR [210](#).
²⁾ SR [210](#).
³⁾ SR [210](#).

[Geschäftsnummer]

| | | |
|----|---|----------|
| a) | Archivalische und genealogische Nachforschungen | 50-5'000 |
| b) | Abschriften, Übersetzungen, Transkriptionen sowie deren Bescheinigungen oder Beglaubigungen | 50-5'000 |
| c) | Rückvergrößerung ab Mikrofilmlesegerät | |
| | 1. Format A4 | 1.50 |
| | 2. Format A3 | 2 |
| d) | Reproduktion von Archivgut | 30 |
| e) | Ausleihe von Archivgut zu Ausstellungszwecken (pro Stück) | 10-100 |

§ 110 Patenturkunde

¹ Die Gebühren für das Ausstellen einer Patenturkunde oder eines Duplikates für Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsschreiber betragen 100 Franken.

§ 111 Beglaubigung, Bescheinigung, Apostille

¹ Die Gebühren betragen für

| | | |
|----|--------------------------------|----|
| a) | die Beglaubigung | 10 |
| b) | die Bescheinigung | 15 |
| c) | das Ausstellen einer Apostille | 30 |

§ 112 Rechtspraktikum und Prüfungen

¹ Die Gebühren betragen für

| | | |
|----|--|-----|
| a) | die Zulassung zu einem Rechtspraktikum | 100 |
| b) | die Abänderung oder den Abbruch eines Rechtspraktikums | 100 |
| c) | die Verlängerung der Prüfungsfrist | 100 |
| d) | das Ablegen von Prüfungen als | |
| | 1. Rechtsanwalt | 800 |
| | 2. Notar | 500 |
| | 3. Gerichtsschreiber | 300 |
| e) | die Wiederholung einer | |
| | 1. schriftlichen Prüfung | 100 |
| | 2. mündlichen Prüfung | 200 |

§ 113 Substitution

¹ Die Gebühren für die Bewilligung nach § 10 Absatz 1 des Gesetzes über die Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen (Anwaltsgesetz, AnwG) vom 10. Mai 2000¹⁾ (Substitution) betragen 100-500 Franken.

§ 114 Notariat

¹ Die Gebühren betragen für die

| | | |
|----|--|-----------|
| a) | Ermächtigung zur Ausübung des Notariates | 250 |
| b) | Befreiung eines Notars von der Schweigepflicht | 100-2'000 |

¹⁾ BGS [127.10.](#)

[Geschäftsnummer]

| | | |
|----|--|-----------|
| c) | Löschung der Ermächtigung zur Ausübung des Notariats | 350 |
| d) | Entgegennahme der Notariatsakten zur Aufbewahrung | 100-2'000 |
| e) | Eintragung eines Notars im Schweizerischen Register der Urkundspersonen, pro Kalenderjahr (auch angebrochenes) | 200 |

§ 115 *Begnadigung*

¹ Die Gebühren betragen für einen Entscheid über die Begnadigung durch

| | | |
|----|-------------------|-----------|
| a) | den Kantonsrat | 100-5'000 |
| b) | den Regierungsrat | 100-3'000 |

§ 116 *Enteignung*

¹ Die Gebühren betragen für einen Entscheid über die Enteignung durch

| | | |
|----|-------------------|-----------|
| a) | den Kantonsrat | 500-3'000 |
| b) | den Regierungsrat | 100-1'000 |

§ 117 *Medizinische Staatshaftung*

¹ Die Gebühren für Verfügungen über die medizinische Staatshaftung nach §§ 19^{bis} ff. des Spitalgesetzes (SpiG) vom 12. Mai 2004¹⁾ betragen 100-5'000 Franken.

2.2.17. Steuerwesen

§ 118 *Einspracheverfahren*

¹ Die Gebühren für Untersuchungsmassnahmen der Steuerbehörden im Einspracheverfahren betragen für

| | | |
|----|--------------------------------|-----------|
| a) | Bücheruntersuchungen | 200-3'000 |
| b) | andere Untersuchungsmassnahmen | 50-1'000 |

§ 119 *Verkehrswertschätzung von Grundstücken*

¹ Die Gebühren für die Verkehrswertschätzung von Grundstücken durch die Abteilung Katasterschätzung betragen 300-1'500 Franken.

2.2.18. Kantonsstrassen

§ 120 *Bewilligungen*

¹ Die Gebühren für die Bewilligung zur Sondernutzung von Kantonsstrassen ohne Auswirkung auf den Verkehrsfluss betragen:

| | | |
|----|----------------------------------|----------|
| a) | Bewilligungsgebühr (Grundgebühr) | 50-1'500 |
|----|----------------------------------|----------|

¹⁾ BGS [817.11](#).

[Geschäftsnummer]

- | | | |
|----|--|------------|
| b) | Kurzfristige Belegung mit kommerzieller Nutzung (insbesondere Gartenwirtschaft, Verkaufsstände etc.) pro m ² und Saison, je nach Charakter der Strasse | 50-100 |
| c) | Kurzfristige Belegung ohne kommerzielle Nutzung (insbesondere Mulden, Gerüste, etc.) pro m ² und Monat, je nach Charakter der Strasse | 5-15 |
| d) | Langfristige Belegung mit kommerzieller Nutzung (insbesondere Kreisel-Innenflächen, Areal neben Verkehrsflächen etc.) unter Berücksichtigung des Verkehrswertes der beanspruchten Fläche, pro Jahr | 100-10'000 |
| e) | Langfristige Belegung ohne kommerzielle Nutzung (insbesondere Kreisel-Innenflächen, Areal neben Verkehrsflächen etc.) unter Berücksichtigung des Realwertes der beanspruchten Fläche, pro Jahr | 100-10'000 |
| f) | Abgeltung Durchleitungsrecht, pro Laufmeter, je nach Charakter der Strasse | 1-10 |
- ² Die Gebühren für die Bewilligung zur Sondernutzung von Kantonsstrassen mit Auswirkung auf den Verkehrsfluss betragen:
- | | | |
|----|--|-----------|
| a) | Bewilligungsgebühr (Grundgebühr) | 150-1'500 |
| b) | Kurzfristige Nutzung mit Verkehrsbeeinträchtigung verbunden (insbesondere Baustelle mit Lichtsignalanlage, Aufhebung von Fussgängerpassagen, Fahrspurreduktion etc.), pro Tag, je nach Charakter der Strasse | 5-300 |
- ³ Die Gebühren für die Bewilligung von Verankerungen im Strassenareal betragen je nach Tonnen Zugkraft 150-10'000 Franken.

§ 121 Gebühren für Kreisbauämter

¹ Die Gebühren für Tätigkeiten der Kreisbauämter nach der Kantonalen Bauverordnung vom 3. Juli 1978¹⁾ betragen für Auskünfte, Beratungen, Abklärungen, soweit sie das übliche Mass überschreiten und keine spezielle Gebühr verlangt wird, 150-2'000 Franken.

2.2.19. Umwelt

§ 122 Wasser, Boden, Abfall

¹ Für folgende Tätigkeiten nach dem Gesetz über Wasser, Boden und Abfall (GWBA) vom 4. März 2009²⁾ sind Gebühren geschuldet:

- | | | |
|----|---|------------|
| a) | Erteilung, Änderung oder Entzug einer Bewilligung | 100-15'000 |
| b) | Abnahme und Kontrolle von Anlagen, die nach dem GWBA ³⁾ bewilligt wurden | 300-3'000 |

¹⁾ BGS [711.61](#).

²⁾ BGS [712.15](#).

³⁾ BGS [712.15](#).

[Geschäftsnummer]

§ 123 *Materialentnahmestellen*

¹ Die Gebühren betragen für die

- | | | |
|----|--|-------------|
| a) | Bewilligung von Materialentnahmestellen und Deponien | 400-75'000 |
| b) | Überwachung von Materialentnahmestellen, pro Jahr | 1'000-3'000 |

§ 124 *Wasserrechte*

¹ Die Gebühren betragen für die Verleihung, Erweiterung, Erneuerung, Änderung und Übertragung von Wasserrechten

- | | | |
|----|------------------------------------|-------------|
| a) | durch den Regierungsrat | 100-100'000 |
| b) | durch den Kantonsrat bzw. das Volk | bis 500'000 |
| c) | zusätzlich pro kW | 20 |

§ 125 *Nutzung öffentlicher Oberflächengewässer und von öffentlichem Grundwasser*

¹ Dauernde und vorübergehende Nutzungsgebühren

- | | | |
|----|---|-------|
| a) | Entnahme von Oberflächenwasser | |
| 1. | konzedierte Wassermenge, pro Minutenliter | .-65 |
| 2. | zusätzlich für effektive Wassermenge, pro m ³ | -.007 |
| 3. | Mindestgebühr | 100 |
| 4 | Die Gebühren nach Ziffer 1 und 2 für die Entnahme von Oberflächenwasser können für Nutzungen im öffentlichen Interesse um 20 Prozent ermässigt werden. | |
| b) | Wasserentnahme aus Oberflächengewässern für die Bewässerung landwirtschaftlicher Kulturen | |
| 1. | bewilligte oder konzedierte Entnahmemenge, pro Minutenliter | -.50 |
| 2. | Mindestgebühr | 100 |
| c) | Entnahme von Grund- und Quellwasser. Kategorie A: private Nutzung als Trinkwasser | |
| 1. | Wasserrechtszins, pro Minutenliter | 4 |
| 2. | Wasserverbrauchsziins, pro m ³ | -.02 |
| 3. | Mindestgebühr | 300 |
| d) | Entnahme von Grund- und Quellwasser. Kategorie B: öffentliche Nutzung als Trinkwasser | |
| 1. | Wasserrechtszins, pro Minutenliter | 1,5 |
| 2. | Wasserverbrauchsziins, pro m ³ | -.015 |
| 3. | Mindestgebühr | 100 |
| e) | Wird die Fassung nach Bst. c und d allein für die Trinkwasserversorgung in Notlagen betriebsbereit gehalten, können Wasserrechts- wie Wasserverbrauchsziins reduziert werden. | |
| f) | Entnahme von Grund- und Quellwasser. Kategorie C: Nutzung für industrielle und gewerbliche Zwecke | |
| 1. | Wasserrechtszins, pro Minutenliter | 4 |
| 2. | Wasserverbrauchsziins, pro m ³ | -.02 |

[Geschäftsnummer]

| | | | |
|----|----|--|-------|
| | 3. | Mindestgebühr | 400 |
| g) | | Entnahme von Grund- und Quellwasser. Kategorie D: Nutzung zur Wärmepumpe (heizen oder kühlen) bei Wiederversickerung | |
| | 1. | Wasserrechtszins, pro Minutenliter | 1 |
| | 2. | Wasserrechtszins, pro m ³ | -.005 |
| | 3. | Mindestgebühr | 300 |
| h) | | Entnahme von Grund- und Quellwasser. Kategorie E: Nutzung zur Bewässerung von landwirtschaftlichen Kulturen | |
| | 1. | Wasserrechtszins, pro Minutenliter | 4 |
| | 2. | Wasserverbrauchs zins, pro m ³ | -.02 |
| | 3. | Mindestgebühr | 300 |
| i) | | Entnahme von Grund- und Quellwasser. Kategorie F: Grundwasserabsenkung (bei Ableitung in Vorflut, usw.) | |
| | 1. | Wasserrechtszins, pro Minutenliter | 10 |
| | 2. | Mindestgebühr | 400 |
| j) | | Betrieb von Wärmepumpeanlagen durch Oberflächenwasser | |
| | 1. | pro MJ/h | 1 |
| k) | | Entnahme von Wasser zur Kühlung von Kernkraftwerken | |
| | 1. | pro m ³ verdunstetes Wasser (Differenz zwischen Wasserentnahme und Wasser-rückgabe) | -.22 |
| l) | | Schiffshäuser und andere Bauten | |
| | 1. | pro m ² beanspruchte Wasserfläche | 12 |
| | 2. | Mindestgebühr | 240 |
| m) | | Schiffsstege | |
| | 1. | pro m ² beanspruchte Wasserfläche | 6 |
| | 2. | Mindestgebühr | 60 |
| n) | | Schiffsanbindefposten | |
| | 1. | je Anbindestelle | 120 |
| o) | | pro Schiff | |
| | 1. | ohne Motor | 100 |
| | 2. | mit Motorenleistung bis 6 kW | 150 |
| | 3. | mit höherer Motorenleistung | 250 |
| | | ² Einmalige Nutzungsgebühren | |
| a) | | Gewässer über- oder unterquerende Rohrleitungen | |
| | 1. | pro Laufmeter | 4-7 |
| | 2. | Mindestgebühr | 100 |
| b) | | Gewässerüberquerende Leitungen. Freileitungen | |
| | 1. | pro Draht und Laufmeter, bis 60 kV | 3.50 |
| | 2. | pro Draht und Laufmeter, bis 250 kV | 6 |
| | 3. | pro Draht und Laufmeter, über 250 kV | 8 |
| | 4. | Mindestgebühr | 110 |
| c) | | Gewässerüberquerende Leitungen. Rohrleitungen, Zoreseisen usw. | |
| | 1. | pro Laufmeter | 4-7 |
| | 2. | Mindestgebühr | 110 |
| d) | | Gewässerüberquerende Leitungen. Masten | |

[Geschäftsnummer]

| | | |
|----|--|-----------|
| | 1. pro Mast je nach Grösse und Beeinträchtigung des Wasserunterhaltsdienstes | 70-700 |
| e) | Überbrückungen und Eindeckungen | |
| | 1. je nach Art der Nutzung und Ort des Objektes, pro m ² Nutzfläche | 10-85 |
| | 2. Mindestgebühr | 100 |
| f) | Entnahme von Sand, Kies und anderem Material | |
| | 1. je nach Wert des gewonnenen Materials, pro m ³ | 3-30 |
| | 2. Mindestgebühr | 150 |
| g) | Einbauten in Grundwasser | |
| | 1. Bewilligung | 300-3'000 |
| | 2. Konzession, pro m ³ umbauten Raum, bis zum mittleren Grundwasserspiegel | -.10-1 |
| | 3. Konzession, pro m ³ umbauten Raum, unterhalb des mittleren Grundwasserspiegels | 1-10 |
| | 4. Mindestgebühr | 200 |

§ 126 Umweltschutzgesetzgebung

¹ Für Tätigkeiten nach der eidgenössischen Umweltschutzgesetzgebung sind folgende Gebühren geschuldet:

| | | |
|----|--|------------|
| a) | Bewilligung und Erlass einer Verfügung | 100-10'000 |
| b) | Herausgabe von Daten ausserhalb der ordentlichen Publikationen | 50-20'000 |

² Die Gebühren für die Beurteilung von Umweltverträglichkeitsprüfungen (inkl. Erfolgskontrolle nach der eidgenössischen Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV) vom 19. Oktober 1988¹⁾) betragen 100-50'000 Franken.

³ Für Tätigkeiten nach der eidgenössischen Verordnung über den Schutz vor Störfällen (Störfallverordnung, StFV) vom 27. Februar 1991²⁾ sind folgende Gebühren geschuldet:

| | | |
|----|--|------------|
| a) | Beurteilung von Kurzberichten und Risikoermittlungen | 100-10'000 |
| b) | Kontrolle und Anordnung von Massnahmen | 100-5'000 |

⁴ Für Tätigkeiten nach der eidgenössischen Luftreinhalte-Verordnung (LRV) vom 16. Dezember 1985³⁾ sind folgende Gebühren geschuldet:

| | | |
|----|--|------------|
| a) | Kontrolle und Erlass einer Verfügung | 100-10'000 |
| b) | Emissions- und Immissionsmessungen | 100-30'000 |
| c) | Ausbildung und Beratung der Feuerungskontrolleure und Feuerungskontrolleurinnen, pro Kontrolle | 5 |

¹⁾ SR [814.011](#).

²⁾ SR [814.012](#).

³⁾ SR [814.318.142.1](#).

[Geschäftsnummer]

⁵ Für Tätigkeiten nach der eidgenössischen Lärmschutz-Verordnung (LSV) vom 15. Dezember 1986¹⁾ und der eidgenössischen Verordnung über den Schutz des Publikums von Veranstaltungen vor gesundheitsgefährdenden Schalleinwirkungen und Laserstrahlen (Schall- und Laserverordnung, SLV) vom 28. Februar 2007²⁾ sind folgende Gebühren geschuldet:

- | | | |
|----|-----------------------------------|------------|
| a) | Erlass einer Verfügung | 100-2'000 |
| b) | Bewilligung, Kontrolle, Messungen | 100-10'000 |

⁶ Für Tätigkeiten nach der eidgenössischen Technischen Verordnung über Abfälle (TVA) vom 10. Dezember 1990³⁾, der eidgenössischen Verordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA) vom 22. Juni 2005⁴⁾ und den die Abfallwirtschaft betreffenden Bestimmungen des kantonalen Gesetz über Wasser, Boden und Abfall (GWBA) vom 4. März 2009⁵⁾ sind folgende Gebühren geschuldet:

- | | | |
|----|--|------------|
| a) | Betriebs- und andere Bewilligungen | 100-20'000 |
| b) | Erlass einer Verfügung | 100-5'000 |
| c) | Kontrollen und Untersuchungen | 100-10'000 |
| d) | Kontrolle und Erfassen von Listen und Berichten pro Seite resp. Bericht | 20-500 |

⁷ Für Tätigkeiten nach dem eidgenössischen Strahlenschutzgesetz (StSG) vom 22. März 1991⁶⁾ sind folgende Gebühren geschuldet:

- | | | |
|----|--------------------------------------|------------|
| a) | Durchführen von Messungen | 100-2'000 |
| b) | Kontrolle und Erlass einer Verfügung | 100-10'000 |

⁸ Für Tätigkeiten nach der eidgenössischen Verordnung über die Sanierung von belasteten Standorten (Altlasten-Verordnung, AltIV) vom 26. August 1998⁷⁾ und den die Abfallwirtschaft betreffenden Bestimmungen des kantonalen Gesetzes über Wasser, Boden und Abfall (GWBA) vom 4. März 2009⁸⁾ sind folgende Gebühren geschuldet:

- | | | |
|----|---|------------|
| a) | Genehmigung von Pflichtenheften für technische Untersuchungen | 200-10'000 |
| b) | Begleitung von Voruntersuchungen | 200-30'000 |
| c) | Begleitung von Detailuntersuchungen und Sanierungen | 200-50'000 |
| d) | Erlass einer Verfügung | 200-30'000 |
| e) | Erteilung von Auskünften | 200-10'000 |

⁹ Die Gebühren für Tätigkeiten nach der Verordnung über Belastungen des Bodens (VBBo) vom 1. Juli 1998⁹⁾ betragen 200-30'000 Franken.

1) [SR 814.41.](#)

2) [SR 814.49.](#)

3) [SR 814.600.](#)

4) [SR 814.610.](#)

5) [BGS 712.15.](#)

6) [SR 814.50.](#)

7) [SR 814.680.](#)

8) [BGS 712.15.](#)

9) [SR 814.12.](#)

[Geschäftsnummer]

¹⁰ Für Tätigkeiten nach der eidgenössischen Verordnung über den Umgang mit Organismen in geschlossenen Systemen (Einschliessungsverordnung, ESV) vom 9. Mai 2012¹⁾ in geschlossenen Systemen und der eidgenössischen Verordnung über den Umgang mit Organismen in der Umwelt (Freisetzungsverordnung, FrSV) vom 10. September 2008²⁾ sind folgende Gebühren geschuldet:

- | | | |
|----|--------------------------------------|------------|
| a) | Kontrolle und Erlass einer Verfügung | 300-10'000 |
| b) | Erhebung und Untersuchung von Proben | 300-10'000 |

¹¹ Für Tätigkeiten nach der eidgenössischen Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) vom 23. Dezember 1999³⁾ sind folgende Gebühren geschuldet:

- | | | |
|----|---|-----------|
| a) | Überprüfung der Berechnungsgrundlagen | 200-2'000 |
| b) | Veranlassen von Messungen, Beurteilung, Verfassen des Messberichtes | 100-1'000 |
| c) | Verfassen spezieller Berichte | 200-1'000 |
| d) | Ausnahmebewilligungen | 200-2'000 |

§ 127 Überwachung von Deponien

¹ Die Gebühren betragen für die Überwachung

- | | | |
|----|---|---|
| a) | von Reaktordeponien, pro m ³ Deponiematerial (fest) | 3 |
| b) | von Inertstoffdeponien, pro m ³ Deponiematerial (fest) | 1 |

² Die Gebühren für den Unterhaltsdienst für Abfalldeponien betragen pro m³ Deponiematerial (fest) 5 Franken.

³ Die Gebühren nach Absatz 2 werden für die langfristige Überwachung der Abfalldeponien verwendet.

§ 128 Gewässerschutzgesetzgebung

¹ Für Tätigkeiten nach der eidgenössischen und kantonalen Gewässerschutzgesetzgebung sind folgende Gebühren geschuldet:

- | | | |
|----|--|------------|
| a) | Genehmigung von Abnahmeverträgen | 200-1'000 |
| b) | Bewilligung und Erlass einer Verfügung | 100-10'000 |
| c) | Abnahme von Abwasserreinigungsanlagen | 100-15'000 |
| d) | Kontrolle, Abnahme und Untersuchung | 100-10'000 |
| e) | Herausgabe von Daten ausserhalb der ordentlichen Publikationen | 50-20'000 |
| f) | Kontrolle und Erfassen von Tankrevisionsrapporten und -meldungen sowie Servicerapporten (Geräte) | 10-200 |
| g) | Überwachung und Kontrolle von Revisionsfirmen | 200-2'000 |
| h) | Registrierung und Nummerierung von meldepflichtigen Lageranlagen (Tank-Kataster Nr.) | 50-200 |
| i) | Beratungen und Expertisen | 100-5'000 |

¹⁾ SR [814.912](#).

²⁾ SR [814.911](#).

³⁾ SR [814.710](#).

§ 129 *Chemikaliengesetzgebung*

¹ Für Tätigkeiten nach der eidgenössischen Chemikaliengesetzgebung sind folgende Gebühren geschuldet:

- | | | |
|----|---|------------|
| a) | Erhebung, Untersuchung und Beurteilung von Proben | 100-10'000 |
| b) | Kontrollen | 100-5'000 |
| c) | Erlass einer Verfügung | 100-5'000 |
| d) | Überprüfung von Sicherheitsdatenblättern | 100-2'000 |

§ 130 *Pflanzenschutzmittelverordnung*

¹ Für Tätigkeiten nach der eidgenössischen Verordnung über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (Pflanzenschutzmittelverordnung, PSMV) vom 12. Mai 2010¹⁾ sind folgende Gebühren geschuldet:

- | | | |
|----|---|------------|
| a) | Erhebung, Untersuchung und Beurteilung von Proben | 100-10'000 |
| b) | Kontrollen | 100-5'000 |
| c) | Erlass einer Verfügung | 100-5'000 |
| d) | Überprüfung von Sicherheitsdatenblättern | 100-2'000 |

§ 131 *Dünger-Verordnung*

¹ Für Tätigkeiten nach der eidgenössischen Verordnung über das Inverkehrbringen von Düngern (Dünger-Verordnung, DüV) vom 10. Januar 2001²⁾ sind folgende Gebühren geschuldet:

- | | | |
|----|---|------------|
| a) | Erhebung, Untersuchung und Beurteilung von Proben | 100-10'000 |
| b) | Kontrollen | 100-5'000 |
| c) | Erlass einer Verfügung | 100-5'000 |
| d) | Überprüfung von Sicherheitsdatenblättern | 100-2'000 |

§ 132 *Gefahrgutbeauftragtenverordnung*

¹ Für Tätigkeiten nach der eidgenössischen Verordnung über Gefahrgutbeauftragte für die Beförderung gefährlicher Güter auf Strasse, Schiene und Gewässern (Gefahrgutbeauftragtenverordnung, GGBV) vom 15. Juni 2001³⁾ sind folgende Gebühren geschuldet:

- | | | |
|----|---|-----------|
| a) | Kontrollen | 100-5'000 |
| b) | Erlass einer Verfügung | 100-5'000 |
| c) | Registrierung von Gefahrgutbeauftragten | 50-200 |

2.2.20. Verkehr

§ 133 *Bewilligungen zur Beförderung von Personen*

¹ Die Gebühren für die Bewilligungen zur Beförderung von Personen betragen 100-1'000 Franken.

¹⁾ SR [916.161](#).

²⁾ SR [916.171](#).

³⁾ SR [741.622](#).

[Geschäftsnummer]

2.2.21. Veterinärwesen

§ 134 Tierschutz

¹ Die Gebühren betragen für

| | | |
|----|---|-----------|
| a) | Bewilligungen nach der Tierschutzgesetzgebung | 100-5'000 |
| b) | das Anordnen von Verwaltungsmassnahmen | 100-5'000 |
| c) | Kontrollen, Zertifikate, usw. | 100-2'000 |

§ 135 Hundehaltung

¹ Die Gebühren für folgende Tätigkeiten nach dem Gesetz über das Halten von Hunden (Hundegesetz) vom 7. November 2006¹⁾ betragen:

| | | |
|----|--|-----------|
| a) | Haltebewilligung für Hunde bestimmter Rassen (§ 4) | 200-3'000 |
| b) | Anordnung von Massnahmen (§ 5) | 100-1'500 |
| c) | Abgabe von Kontroll- oder Ersatzzeichen (§ 11) | 40 |
| d) | Mahngebühr pro Mahnung | 50 |

§ 136 Tierarzneimittel

¹ Die Gebühren betragen für

| | | |
|----|--|-----------|
| a) | die Detailhandelsbewilligung | 200 |
| b) | Kontrollen in Praxen und Betrieben (mit Berichterstattung) nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstaben a und b der eidgenössischen Verordnung über die Tierarzneimittel (Tierarzneimittelverordnung, TAMV) vom 18. August 2004 ²⁾ | 200-2'000 |
| c) | übrige Verwaltungsmassnahmen | 200-5'000 |

§ 137 Viehhandel

¹ Die Grundgebühr für die Erteilung oder Erneuerung eines Patentes für die Ausübung des Viehhandels beträgt pro Jahr für den

| | | |
|----|-----------------------------|-----|
| a) | Pferde- und Grossviehhandel | 150 |
| b) | Kleinviehhandel | 75 |

§ 138 Tierseuchen

¹ Die Gebühren betragen für

| | | |
|----|---|-----------|
| a) | Kontrollen und Bewilligungen nach der Tierseuchengesetzgebung | 100-800 |
| b) | die Anordnung von Verwaltungsmassnahmen | 100-2'500 |
| c) | Kontrollen, Zertifikate, usw. | 50-500 |
| d) | Bewilligungen nach der Verordnung über die Entsorgung von tierischen Nebenprodukten (VTNP) vom 25. Mai 2011 ³⁾ | 100-2'000 |

¹⁾ BGS [614.71.](#)

²⁾ SR [812.212.27.](#)

³⁾ SR [916.441.22.](#)

2.2.22. Wald, Jagd und Fischerei

2.2.22.1. Wald

§ 139 Bewilligungen im Waldbereich

¹ Folgende Gebühren sind geschuldet für die

| | | |
|----|---|-----------|
| a) | Rodungsbewilligung | 300-5'000 |
| b) | Schlagbewilligung | 100-1'000 |
| c) | Ausnahmebewilligung zum Befahren von Waldstrassen mit Motorfahrzeugen | 20-500 |
| d) | Bewilligung zur nachteiligen Nutzung | 100-1'000 |
| e) | Fach- und Ausnahmebewilligung betreffend umweltgefährdender Stoffe | 50-200 |
| f) | Ausnahmebewilligung zum Kahlschlagverbot | 200-1'000 |
| g) | Bewilligung zur Teilung von Wald und Veräusserung von Wald im öffentlichen Eigentum | 200-1'000 |
| h) | Bewilligung zur Durchführung von Veranstaltungen im Wald | 100-2'000 |

§ 140 Weitere Gebühren im Waldbereich

¹ Gebühren sind geschuldet für die

| | | |
|----|------------------------------------|-----------|
| a) | Waldfeststellung im Einzelfall | 100-2'000 |
| b) | Anordnung von Fahrverboten im Wald | 100-500 |
| c) | Benützung von Planungsgrundlagen | 100-2'000 |

§ 141 Einspracheentscheide

¹ Folgende Gebühren sind geschuldet für Einspracheentscheide

| | | |
|----|---|-----------|
| a) | gegen Rodungsgesuche | 100-2'000 |
| b) | gegen Rodungsbewilligungen | 100-2'000 |
| c) | bei Waldfeststellungen im Nutzungsplanverfahren | 100-2'000 |
| d) | bei Waldfeststellungen im Einzelfall | 100-2'000 |
| e) | gegen die Anordnung von Fahrverboten im Wald | 100-2'000 |

2.2.22.2. Jagd

§ 142 Jagdlehrgang und Jagdprüfung

¹ Die Gebühren betragen für

| | | |
|----|---|-----|
| a) | den Jagdlehrgang und die Jagdprüfung | 600 |
| b) | die Wiederholung der praktischen oder der theoretischen Jagdprüfung | 200 |
| c) | Duplikate für Prüfungsausweise | 50 |

§ 143 Jagdpass

¹ Die Gebühren für das Ausstellen eines Jagdpasses betragen für

[Geschäftsnummer]

| | | |
|----|---|-----|
| a) | Jagdpächter mit Wohnsitz im Kanton | 80 |
| b) | Jagdpächter mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons | 160 |
| c) | Jagdaufseher | 80 |
| d) | Jagdgäste mit Wohnsitz im Kanton | |
| | 1. pro Jahr | 160 |
| | 2. pro Woche | 50 |
| | 3. pro Tag | 20 |
| e) | Jagdgäste mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons | |
| | 1. pro Jahr | 250 |
| | 2. pro Woche | 80 |
| | 3. pro Tag | 30 |

² Dazu kommen die Auslagen für das Passformular und die Passkarte.
³ Der Zuschlag für die Eilausstellung beträgt für

| | | |
|----|----------------------------------|-----|
| a) | einen Jahresjagdpass | 100 |
| b) | einen Tages- oder Wochenjagdpass | 50 |

⁴ Die Gebühr beträgt für

| | | |
|----|---------------------------|----|
| a) | den Entzug des Jagdpasses | 50 |
| b) | Duplikate des Jagdpasses | 50 |

§ 144 Jagdbewilligungen

¹ Die Gebühr beträgt für die

| | | |
|----|--|-----------|
| a) | Bewilligung zum Einfangen und Halten jagdbarer Tiere | 50-200 |
| b) | Bewilligung zum Einfangen, Handel, Halten, Aussetzen, zur Ein-, Durch- und Ausfuhr und Präparation geschützter Tiere | 50-1'000 |
| c) | Bewilligung für die Ausübung der Falknerei | 50 |
| d) | Bewilligung für sportliche Veranstaltungen und gesellschaftliche Anlässe in eidgenössischen Bann- und Schutzgebieten | 100-2'000 |
| e) | Bewilligung zum Abschuss jagdbarer oder geschützter Wildtiere | 50-200 |

§ 145 Weitere Gebühren im Jagdbereich

¹ Die Gebühren betragen für

| | | |
|----|---|-----------|
| a) | Ausstellen oder Ändern des Jagdpachtvertrages | 50-1'000 |
| b) | Mitberichte im Bereich Wildschutz und Lebensraumerhaltung | 50-5'000 |
| c) | Verfügung des Departementes betreffend Wildschaden | 100-2'000 |

2.2.22.3. Fischerei

§ 146 Fischereibewilligungen

¹ Die Gebühren betragen für ein

[Geschäftsnummer]

| | | |
|----|---------------------|-----|
| a) | Jahrespatent | 140 |
| b) | Wochenpatent | 80 |
| c) | Tagespatent | 20 |
| d) | Gastpatent | 50 |
| e) | Jugend-Jahrespatent | 50 |
| f) | Jugend-Wochenpatent | 30 |
| g) | Jugend-Tagespatent | 15 |

² Für Personen mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons Solothurn kann ein Zuschlag auf die Patentgebühren von bis zu 100 Prozent erhoben werden.

³ Die Gebühren, die für andere fischereiliche Bewilligungen erhoben werden, betragen für

| | | |
|----|--|--------|
| a) | Bewilligungen für den Fang von Krebsen und Fischnährtieren | 50-250 |
| b) | Bewilligungen für den Laichfischfang | 50-250 |
| c) | Sonderfangbewilligungen | 50-250 |
| d) | Einsatzbewilligungen für Elektrofischfanggeräte | 50-250 |

§ 147 Weitere Gebühren

¹ Folgende Gebühren werden erhoben für

| | | |
|----|--|-----------|
| a) | Prüfungsgebühren für die Fischerei- und die Elektrofischfangprüfung | 50-300 |
| b) | Auslagen für Prüfungsunterlagen und Prüfungsausweise | 20-200 |
| c) | das Ausstellen, Ändern und Aufheben des Pachtvertrages für Fischereigewässer | 50-1'000 |
| d) | Bewilligungen für technische Eingriffe in Gewässer | 50-15'000 |

2.2.22.4. Gemeinsame Bestimmungen

§ 148 Mahngebühren

¹ Die Mahngebühren im Wald-, Jagd- und Fischereibereich betragen 50 Franken.

§ 149 Andere Verfügungen

¹ Die Gebühren für andere wald-, jagd- und fischereirechtliche Verfügungen betragen 50-1'000 Franken.

§ 150 Auslagen

¹ Die Gebühren für Auslagen für forst-, jagd- und fischereitechnische Massnahmen, die durch Dritte verursacht oder in Auftrag gegeben werden, betragen 50-15'000 Franken.

2.2.23. Wirtschaft und Arbeit

§ 151 Arbeitsgesetz

¹ Die Gebühren betragen für

[Geschäftsnummer]

| | | |
|----|---|-----------|
| a) | die Anordnung von Massnahmen nach Artikel 52 des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG) vom 13. März 1964 ¹⁾ | 100-1'000 |
| b) | die Arbeitszeitbewilligung, je nach Anzahl bewilligter Arbeitsstunden | 20-400 |
| c) | den Entzug und die Sperre von Arbeitszeitbewilligungen | 50-400 |
| d) | den Entzug der Befugnis, Überzeit ohne Bewilligung anzuordnen | 50-400 |

§ 152 *Sexarbeit*

¹ Die Gebühren für Verfügungen und Entscheide im Zusammenhang mit der Ausübung von Sexarbeit betragen 500-3'000 Franken.

§ 153 *Gastwirtschaftliche Tätigkeiten und Alkoholhandel*

¹ Folgende Gebühren werden für Verfügungen im Zusammenhang mit gastwirtschaftlichen Tätigkeiten und Alkoholhandel erhoben:

| | | |
|----|--|---------|
| a) | Erteilung oder Entzug einer Bewilligung | 250-800 |
| b) | Erteilung oder Entzug einer Bewilligung für den Handel mit alkoholhaltigen Getränken | 100-500 |
| c) | Erweiterung einer Bewilligung | 100 |
| d) | Duplikate einer Bewilligung | 50 |

§ 154 *Schiedsverfahren kantonale Einigungsstelle*

¹ Die Gebühren für Schiedsverfahren vor der kantonalen Einigungsstelle betragen 200-1'500 Franken.

§ 155 *Konsumkredit*

¹ Die Gebühren für Verfügungen nach dem Bundesgesetz über den Konsumkredit (KKG) vom 23. März 2001²⁾ betragen 500-5'000 Franken.

§ 156 *Plangenehmigungen und Betriebsbewilligungen*

¹ Die Gebühren betragen für die

| | | |
|----|---|-----------|
| a) | Plangenehmigung für industrielle Betriebe, je nach Grösse des umbauten Raumes | 100-2'000 |
| b) | Betriebsbewilligung für industrielle Betriebe, je nach Grösse des umbauten Raumes | 100-1'000 |
| c) | Betriebsbewilligung für technische Anlagen | 100-500 |
| d) | Bewilligung zur Einrichtung einer chemischen Kleiderreinigungsanlage | 100-500 |
| e) | Anordnung von Massnahmen zur Verhütung von Berufsunfällen | 300-1'000 |

¹⁾ SR [822.11.](#)

²⁾ SR [221.214.1.](#)

§ 157 *Entsandte Arbeitnehmer*

¹ Die Gebühren für Meldebestätigungen für entsandte Arbeitnehmer betragen 25 Franken.

§ 158 *Ausnahmebewilligung*

¹ Die Gebühren für Ausnahmebewilligungen von den Öffnungszeiten für Geschäfte nach dem Wirtschafts- und Arbeitsgesetz (WAG) vom 8. März 2015¹⁾ betragen 50-200 Franken.

§ 159 *Lotterie*

¹ Die Gebühren für die Bewilligung von Lotterien zu gemeinnützigen und wohltätigen Zwecken betragen 1 Prozent der Lossumme mindestens aber 30 Franken und maximal 3'000 Franken.

§ 160 *Ausnahmebewilligung*

¹ Die Gebühren für Ausnahmebewilligungen nach dem Gesetz über die öffentlichen Ruhetage (Ruhetagsgesetz, RTG) vom 18. Mai 2014²⁾ betragen 50-1'000 Franken.

§ 161 *Bewilligung für Ehe- und Partnerschaftsvermittlungen mit dem Ausland*

¹ Für Tätigkeiten der Bewilligungs- und Aufsichtsbehörde über die berufsmässige Vermittlung von Personen aus dem Ausland oder ins Ausland zu Ehe oder fester Partnerschaft werden folgende Gebühren erhoben:

- | | | |
|----|--|-----------|
| a) | Erteilung oder Entzug einer Bewilligung | 500-2'000 |
| b) | Erneuerung einer Bewilligung oder Anpassung der Kautionshöhe | 250-1'000 |
| c) | Aufhebung einer Bewilligung oder Freigabe der Kaution | 250-500 |

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

¹⁾ BGS [940.11.](#)

²⁾ BGS [512.41.](#)

[Geschäftsnummer]

IV.

Dieser Tarif tritt mit der Publikation im Amtsblatt in Kraft. Er ist auf alle an diesem Datum hängigen Geschäfte anzuwenden.

Solothurn,

Im Namen des Kantonsrates

Albert Studer
Präsident

Fritz Brechbühl
Ratssekretär